

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.39 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

1) Konzeptionierung von Gemeinwesenarbeit

GR. **Baumann** stellt an StRin. Mag.^a **Fluch** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Frage geht in die Richtung der Konzipierung von Gemeinwesenarbeit als ein Instrument, das in Graz in Zukunft eingeführt werden soll. Es gab schon einige Vorgespräche, auch Vorgespräche mit den Klubs hier herinnen, die sehr, sehr produktiv und sehr interessant waren. Vielleicht eine kleine Skizze und eine Zusammenfassung meiner Überlegungen zur Gemeinwesenarbeit. Gemeinwesenarbeit ist nicht Betreuungstätigkeit im herkömmlichen Sinne, sondern es fordert die Menschen auf, sich mit sich selber zu beschäftigen, sich mit den Menschen, die in ihrer Umgebung leben, zu beschäftigen, sich zu vernetzen auf der vertikalen wie auch auf der horizontalen Ebene, und nicht zuletzt auch fordert es uns als Politiker und Politikerin auf, mit den Bürgern und Bürgerinnen in Kontakt zu treten. In Graz, meines Erachtens, sollten wir uns mit drei Bereichen der Gemeinwesenarbeit beschäftigen. Eine Überlegung dazu wäre, wo soll diese Arbeit überhaupt eingesetzt werden, eine Überlegung wäre, wir könnten uns mit einem räumlich sozialen Zugang nähern, das heißt, wir schauen uns jetzt Gebiete an in Graz, die schon belastet sind, wo es schon Strukturen gibt, wo es Benachteiligungsstrukturen gibt und setzen da Gemeinwesenarbeit an. Zweiter Zugang wäre, wir nähern uns diesem Thema thematisch-inhaltlich. Das heißt, wir herinnen im Gemeinderat überlegen, welche Themen jetzt und in Zukunft für diese Stadt brennend und interessant sind wie vielleicht im Moment Integration oder Nachbarschaft oder das immer stärker werdende Thema der Pflege. Dritte Säule einer Auseinandersetzung in der Gemeinwesenarbeit könnte die innovativ-vorausplanende sein. Das heißt, dort wo es noch kein Problem gibt, dort wo es noch keine Menschen gibt, dort wo es noch keine expliziten Fragestellungen der Nutzung

gibt, sollte Gemeinwesenarbeit, bevor es zu einem Nutzungskonzept kommt, installiert werden. Erfahrungen aus Essen und Freiburg lassen da hoffen, dass es da zu gar keinen Konflikten kommt, wenn es neue Siedungsgebiete gibt, die zu erschließen wären. Meine Idee dazu wäre, die in Zukunft schon fertig geplante Martinhofsiedlung oder als großes Projekt Gemeinwesenarbeit an den Reininghausgründen schon vorweg jetzt da zu installieren. Mit der Koordination aller Angebote in Graz soll eine Stelle im Magistrat, meines Erachtens könnte diese Stelle im Stadtplanungsamt sein, befasst werden, diese Überlegungen teile ich mit meinem Kollegen der ÖVP, dem Gemeinderat Bernhard Kraxner, der in dieser Auseinandersetzung und in der Vorbereitung auf dieser Frage, also wo es gemeinsame Vorarbeiten gegeben hat, und ich hoffe auch, dass es weitere Arbeiten diesbezüglich geben wird.

Bei der Entwicklung aller Angebote und Tätigkeiten im Bereich der Gemeinwesenarbeit sollen sowohl die vorhandenen magistratsinternen Angebote, da gibt es ja auch schon eine Anzahl, als auch Angebote der freien Trägervereine mitberücksichtigt werden.

Ich stelle daher in meinem Namen und im Namen des Kollegen Kraxner folgende

F r a g e

an Sie, Frau Stadträtin:

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wie weit sind die Pläne bezüglich der Konzeptionierung und Implementierung von Gemeinwesenarbeit in Graz gediehen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, bitte, alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dass auch alle die Chance haben, auch wirklich dranzukommen, dass man möglichst in der Fragestunde den Fragetext verliest und nicht zu weit ausholt. Ich bitte alle drum, weil sonst natürlich es schwierig ist, dass man alle dann in der Fragestunde auch drankommen lässt.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, und ich darf den Bernhard Kraxner sozusagen als Pro-Fragesteller gleich mit hereinnehmen. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Frage, die Sie ja sozusagen auch immer mitverfolgt haben. Sie kennen ja den Stand der Dinge, aber ich denke, es ist ganz gut, dass der Gemeinderat anlässlich dieser Frage die Möglichkeit hat, ein bisschen Information darüber zu bekommen, wie weit dieses Thema gediehen ist. Das Thema Gemeinwesenarbeit oder auch Gebietsbetreuung oder auch Siedlungsbetreuung ist ein Thema, das über die Fraktionsgrenzen hinweg in der Stadt Graz als durchaus wichtiges Thema erkannt worden ist und zwar genau in dem Sinne, dass wir wissen, dass in manchen Siedlungsgebieten der Stadt Konflikte aufgetreten sind, von denen wir denken, wenn man bei der Planung anders vorgegangen wäre oder vielleicht auch die Menschen frühzeitig eingebunden hätte, wenn man Bewohner und auch NGOs befähigt hätte und wenn es eine bessere Koordination gegeben hätte, dass wir vielleicht manche Dinge sozusagen in den Anfängen auch verhindern hätten können, wo wir dann doch mit Reparaturmaßnahmen ausrücken mussten. Ich nenne hier als Beispiel nur die Schererstraße, die jetzt gut gelungen ist, aber wie gesagt, einiges an Intervention erfordert hat. Deswegen eine wichtige Frage und ich darf den Gemeinderat und natürlich den Herrn Gemeinderat Baumann selbst informieren, es gibt eine Arbeitsgruppe, deren Koordination die Baudirektion übernommen hat. Es geht momentan um die Vorbereitung eines Modells von Gemeinwesenarbeit oder Gebietsbetreuung, Siedlungsbetreuung, es haben an dieser Arbeitsgruppe zahlreiche Ämter der Stadt Graz teilgenommen neben auch Vertretern der Fraktionen, nämlich das Jugendamt, das Sozialamt, das Wohnungsamt, die Stadtplanung, das Integrationsreferat, das Vermessungsamt und auch die Abteilung Grünraum und Gewässer. Es gibt momentan ein Rohkonzept, das diese Arbeitsgruppe erstellt hat, wie so eine Koordinationsstelle für Gemeinwesenarbeit oder Siedlungsbetreuung ausschauen könnte in Graz. Dieses soll allerdings in dieser Arbeitsgruppe noch einmal besprochen werden, bevor es den politisch Verantwortlichen präsentiert wird. Klar ist, es geht dort auch um einen dreifachen Zugang, nämlich einerseits um Planung und Projektentwicklung im Sinne dessen, dass man Menschen und NGOs befähigt im Sinne des Impowerment, es geht um frühzeitige Intervention und Konfliktmanagement und es geht darum, dass einzelne Schwerpunktgebiete betreut werden sollen, durchaus im Sinne dessen, was der Herr Gemeinderat auch ausgeführt hat, dass man bei so einem Modellprojekt sozusagen

unterschiedliche Zugänge haben kann. Man kann sich anschauen, wo gibt es belastete Gebiete und sozusagen ein solches Gebiet auch heranziehen als ein Modellprojekt, man kann sich anschauen, gibt es irgendeinen thematischen Zugang, der uns besonders wichtig erscheint und das Dritte, wo wäre es wichtig, besonders präventiv tätig zu werden, wo gibt es besonders intensive Siedlungstätigkeit in unserer wachsenden Stadt Graz und dort vielleicht auch ein Modell anzusiedeln. Klar ist, dass Gebietsbetreuung, Gemeinwesenarbeit, ich verwende diese Begriffe sozusagen immer ein bisschen nebeneinander, es braucht auch noch eine Schärfung der Begriffe, ganzheitlich zu sehen ist und die Bereiche Soziales, Arbeit, Freizeit, das räumliche Umfeld, alle möglichen Bereiche betrifft. Ich bin momentan dabei, wir sind ja mitten in den Budgetverhandlungen, auch sicherzustellen, dass es zumindest eine Erinnerungspost gibt für dieses wichtige Thema, auch in der Baudirektion, falls sie diejenige ist, die weiterhin die Koordinierung wahrnehmen soll. Klar ist aber, dass dieses gesamte Projekt, auch wenn wir es modellhaft aufsetzen wollen, sozusagen diese Zusammenschau mehrerer Ressorts brauchen wird. Ich bin auf Grund der Vorarbeiten sehr zuversichtlich, wie gesagt, das Rohkonzept wird in den nächsten Wochen auch präsentiert werden und dann wird es um die Umsetzung gehen, da ersuche ich schon jetzt aus meinem Ressort heraus um eine aktive Mitwirkung auch der anderen betroffenen Bereiche, damit wir zumindest modellhaft im Jahr 2009 zu einem guten Ergebnis kommen können (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Danke für die Information, die ich so noch nicht hatte und mir ist es auch wichtig und vor allem in den Vorgesprächen mit den Klubs aller Gemeinderatsfraktionen, dass die Informationen hier herinnen diskutiert werden und so sehe ich auch meinen Beitrag, der etwas länger als eine Frage geworden ist. Zusatzfrage: Frau Stadträtin, Sie sehen da Gemeinderäte, die wahrscheinlich noch wenig Gespür haben, was die Gemeinwesenarbeit sein kann, weil wir es in Graz noch nicht haben. Wären Sie bereit, aus Ihrem Büro eine Exkursion zu organisieren, entweder in die Bassena am Schöpfwerk nach Wien oder nach Freiburg oder tolle Projekte in Holland, wo eine Delegation des Gemeinderates, aller im Gemeinderat vertretenen Parteien mit ein/zwei Personen unter Ihrer Leitung beziehungsweise unter Leitung Ihres Büros mitfahren könnten, dass Sie so eine Exkursion zur

Wahrnehmung, was denn Gemeinwesenarbeit auch bringen kann (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass Sie diese Exkursion organisieren würden, bitte auch da eine Antwort.

StRin. Mag.^a **Fluch**: Ich habe durchaus die Reaktionen in den Reihen wahrgenommen und mache folgenden Vorschlag: Zuerst eine kleine Anmerkung, ich denke, es haben sich sehr viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit dieser Frage bereits beschäftigt, also wir können auf etwas aufbauen, dennoch, ich verstehe auch das Ansinnen, dass man sagt, man sollte sich ein Projekt einmal anschauen. Ich schlage dafür sehr dezidiert Wien vor, kenne die Bassena, kenne das Schöpfwerk persönlich ganz gut und ich würde einladen, dass jene Kolleginnen und Kollegen, vielleicht auch der grünen Fraktion, die die Projekte, die ein bisschen weiter weg liegen, besser kennen und vielleicht schon aus eigener Anschauung kennen, die Fahrt nach Wien, die gemeinsame Fahrt nach Wien dazu nutzen, ein bisschen darüber zu berichten, so kommen wir zu einem guten Know-how-Austausch und das mache ich sehr gerne (*Applaus ÖVP und Grüne*).

2) Kunst- und Kulturzentrum Margaretenbad

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! In der Ausgabe der Kronenzeitung vom 28.9. dieses Jahres haben Sie angekündigt, ein Kunst- und Kulturzentrum mit Ateliers und Ausstellungsflächen auf 600 Quadratmetern im Margaretenbad errichten zu wollen. Ein Teil des Obergeschosses könnte noch heuer genutzt werden und der Vollbetrieb wäre Ende 2009 möglich. So stand es in der Kronen Zeitung.

Die Verwirklichung eines derartigen Vorhabens wäre auch im Zusammenhang mit der unsicheren Entwicklung des Atelierhauses in der Monsbergergasse wichtig.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Wie weit sind bereits verbindliche Gespräche mit der Graz AG zur Verwirklichung dieses Projektes eines Kulturzentrums mit Ateliers und Ausstellungsflächen im Margaretenbad geführt worden? (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Liebe Frau Gemeinderätin! Ich bedanke mich ausdrücklich für diese Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt, auf eine besonders schwierige Situation im Atelierbereich in Graz hinzuweisen. Wir haben ja im Moment noch das Atelierhaus in der Monsbergergasse, wo allerdings im nächsten Jahr der Vertrag auslaufen wird, zur Verfügung. Im Übrigen ist es so, dass dieses Gebäude, und davon können sich alle überzeugen, der Monsbergergasse einen Besuch abstaten, in einem ausgesprochen traurigem Zustand ist und eine Unterbringung auch für Atelierzwecke fast nicht mehr zumutbar ist. Daher habe ich mich seit meinem Amtsantritt darum bemüht, Ersatzräumlichkeiten zu finden und dabei hat sich auch das Margaretenbad angeboten, über das es ja in der Vergangenheit schon eine ganze Reihe von Standortdiskussionen gegeben hat. Es hat sich dabei herausgestellt, dass im ehemaligen Saunabereich, also praktisch im Eingangsgebäude, seit Jahren Räumlichkeiten freistehen, die sich in einem sehr guten Zustand befinden, allerdings in der jetzigen Ausstattung natürlich noch ausgerichtet sind auf die ursprüngliche Nutzung, nämlich als Massage-, Therapie- und Saunaeinrichtung. Ich habe mit den beiden Initiatorinnen und Aktivbürgerinnen Frau Dipl.-Ing. Architektin Jördis Tornquist und Mag.a Claudia Peiser Kontakt aufgenommen, die ja in diesem Gebäude schon eine Kulturaktion gesetzt haben, die auch von mir mit Mitteln des Kulturamtes unterstützt wurde, nämlich eine Ausstellung über die Geschichte des Margaretenbades, die, soweit ich das wahrnehmen konnte, von vielen Mitgliedern der Stadtregierung und von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, BezirkspolitikerInnen und natürlich vor allem von BürgerInnen des Bezirkes Geidorf und der Umgebung von Geidorf besucht wurde. Ich habe daher die beiden Bürgerinnen ersucht, entsprechende Überlegungen vorzulegen, was mittlerweile

bereits geschehen ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Dieses Konzept liegt mir also bereits vor und es ist eine hervorragende Basis für die Weiterentwicklung der Idee eines Atelierhauses an dem von Ihnen genannten Standort. Selbstverständlich habe ich mit dem Vorstand der Stadtwerke AG auch Kontakt aufgenommen und mich grundsätzlich danach erkundigt, ob einer solchen Nutzung Unternehmensüberlegungen entgegenstehen würden und habe die Auskunft erhalten, dass ganz im Gegenteil eine solche Nutzung auch aus Sicht der Stadtwerke denkbar, nicht nur denkbar, sondern auch wünschenswert wäre und man bereit wäre, an einer entsprechenden Projektentwicklung teilzunehmen. Sollte das geschehen, müssten natürlich die entsprechenden Budgetmittel vorgesehen werden und ich brauche nicht gesondert zu erläutern, warum aus dem laufenden Kulturbudget mit den Ansätzen des Jahres 2008 das Auskommen nicht gefunden werden könnte. Andererseits ist es ja so, dass wir, wie gesagt, Überlegungen über eine Weiterentwicklung des Atelierbereiches anstellen müssen und ich doch sehr stark hoffe, dass ich eine Mehrheit im Gemeinderat davon überzeugen lässt, dass wir entweder das Atelierhaus in der Monsbergergasse um sehr, sehr teures Geld und viel Geld, und wir sind dort ja nur eingemietet, zu adaptieren, zu sanieren hätten oder eine andere passende Unterbringung für die Ateliers der städtischen Künstlerinnen und Künstler finden müssten. Eine dieser Varianten, eine sehr attraktive Variante, wäre eben das Margaretenbad und ich bin zuversichtlich, dass es da auch mittelfristig eine Finanzierung geben wird. Erste Schritte könnten sehr, sehr schnell gesetzt werden, weil, wie gesagt, das Gebäude in einem guten Zustand ist und die Adaptierungsarbeiten nicht sehr aufwändig wären und ich hoffe, dass wir im Laufe der nächsten Monate hier zu einem positiven Ergebnis kommen könnten, das auch dem Bezirk Geidorf die Möglichkeit geben würde, ein neues Bezirkszentrum, ein sehr attraktives Bezirkszentrum zu haben und zu entwickeln und ich glaube daher, dass in den nächsten Monaten die Gespräche, die ich diesbezüglich sowohl mit den Kollegen in der Regierung, die dafür zuständig sind, also insbesondere Finanzreferent und Bürgermeister, alle anderen, die in irgendeiner Form von dieser Überlegung berührt sein könnten, als auch über den Kulturausschuss mit den Fraktionen des Gemeinderates erfolgreich abgeschlossen sein können (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Das ist an und für sich eine sehr erfreuliche Entwicklung. Ich habe aber noch eine Frage, und zwar im Rahmen einer Projekttrundfahrt mit der GBG wurde auch eine Information ausgestreut, dass im Bereich Puntigam die GBG ein Grundstück hat, wo sie in Perspektive also Probenräume, Ateliers errichten möchte. Ich würde ganz gerne wissen, ob es hier eine Koordinierung gibt beziehungsweise wäre es wünschenswert, wenn es hier eine Gesamtkonzeption für die Stadt Graz in diesem Bereich geben würde. Arbeitet das Kulturressort daran (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dr. **Riedler:** Selbstverständlich, liebe Frau Gemeinderätin, der Zusammenhang ist sehr leicht zu verstehen. Wir werden uns nicht viele Atelierhäuser leisten können und je mehr Möglichkeiten und Angebote es gibt, umso eher ist die Wahrscheinlichkeit da, dass wir auch eine sehr gute Variante finden können. Die Frage der Proberäume vor allem wird ja in erster Linie auch über die Entwicklung im Jugendzentrum Explosiv, und auch dafür habe ich Budgetansätze vorgeschlagen, zu finden sein, da gibt es ein hochmotiviertes und exzellentes Team für Atelierräume und auch für eine Kombination von Atelier und Proberäumen gibt es im Moment insgesamt drei viel versprechende Projekte, die mir bekannt sind und die vom Kulturamt auch geprüft werden. Es hängt natürlich alles sehr von den budgetären Rahmenbedingungen ab. Eine dieser drei Varianten ist das Angebot der GBG, das allerdings ja über eine Investition und eine spätere Rückmietung durch die Stadt Graz finanziert werden müsste und im Sinne der Sparsamkeit bin ich natürlich bestrebt, nicht nur auf die Qualität, sondern gleichzeitig auch auf die Leistbarkeit eines solches Projektes zu achten. Wir werden also, wie ich hoffe, im Laufe des ersten Halbjahres, des nächsten Jahres, eine Entscheidung herbeiführen können, wenn das nicht gehen sollte, dann wird es ein bisschen knapper, aber es muss auf alle Fälle der weitere Weg im Laufe des nächsten Jahres festgeschrieben werden (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

3) Verhandlungsergebnis des Bürgermeisters zur Schließung von Post-Standorten in Graz

GR. **Grosz** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher der Ortweinschule, Bürgerinnen und Bürger, die Interesse an der Grazer Gemeinderatssitzung finden, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregerung, hoher Gemeinderat! Die Kleine Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe am 31.10.2008, dass sich unser Bürgermeister Nagl mit Vertretern der Post getroffen hat im Zuge der Privatisierung, im Zuge der Postämterschließungen, hier im Rahmen des ihm gestatteten Einspruchsrecht der Privatisierungsverordnung Verhandlungen geführt hat und offensichtlich zum Schluss gekommen ist, er als Bürgermeister, gemeinsam mit dem Vertreter der Stadt Graz, dass fünf Postämter im Grazer Stadtgebiet geschlossen werden sollen und die dortigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen werden. Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit, hat ein christlich-sozialer Politiker gesagt, Andreas Kohl, mittlerweile hat Verkehrsminister Faymann nicht zuletzt auf Grund des politischen Drucks nach zwei Jahren endlich die Universaldienstleistungsverordnung, endlich nach zwei Jahren, erlassen, das heißt, meine Anfrage wurde obsolet, ich darf daher zur Zusatzfrage kommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wie kann ein Bürgermeister einer Stadt, der im Rahmen der Privatisierungsverordnung Einspruchsrecht hat, einfach zustimmen, dass fünf bis fünfzehn Postämter auf seinem eigenen Stadtgebiet geschlossen werden, zumal es sich sonst kein Bürgermeister unseres schönen Landes Österreichs jemals getraut hat. Ich danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist schön, dass sie die Fragen damit gleich in einem stellen und damit bitte ich den Bürgermeister zu antworten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, es entspricht Ihren Gepflogenheiten, Dinge in die Welt zu setzen, die Sie schlecht recherchiert oder gar nicht recherchiert haben. Die Kleine Zeitung habe ich extra mitgebracht und jetzt lese ich vor, was der Bürgermeister, und so wird er zitiert, nicht einmal zitiert, sondern es hat der Redakteur Gerald Winter geschrieben: „Die Vertreter der Post waren gestern bei Bürgermeister Siegfried Nagl und haben die Schließung angemeldet.“ Wenn man ein Gesetz zitiert, dann sollte man auch den Inhalt des Gesetzes kennen. Wenn Postfilialen defizitär sind, und von 29 sind es zur Zeit in Graz 16 ohne Überwälzung der Overheadkosten, dann hat das Unternehmen den Bürgermeister darüber zu informieren, welche Filialen geschlossen werden sollen, hat den Beweis anzutreten, dass diese defizitär sind, mehr oder weniger hat die Post hier gar nicht getan oder gesagt.

Zwischenruf GR. Grosz: Was haben Sie gemacht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe dann gesagt, neben der Nahversorgung für die Bevölkerung muss man auch an das Unternehmen denken, sonst steht die Post einmal so da wie jetzt die AUA. Auch mit dem Abhängen von Briefkästen müsse Schluss sein, und jetzt komme ich zum konkreten Verhandeln. Man kann ja unterschiedlicher Auffassung sein, wer alles für Liberalisierung gekämpft hat und kämpft, deine Fraktion war es auch immer und ich sage ganz bewusst dazu, ich habe auch als Mitglied der ÖVP, wenn es um die Daseinsvorsorge geht, immer wieder, glaube ich, auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger das Wort ergriffen und für gewisse Dinge gekämpft bis hin zum Kauf von Flughäfen, bis hin zu klaren Absicherungen im Wasserbereich und, und, und. Ich halte unsere Versorgung, unsere Postversorgung, auch als ein ganz, ganz wichtiges Element der Daseinsvorsorge und kein Bürgermeister, auch nicht der Grazer Bürgermeister, hat eine große Freude, wenn auch nur ein einziges Postamt geschlossen wird. Und es gibt eine klare Haltung von mir auch gegenüber der Post, dass ich mir das nicht wünsche, das habe nicht nur ich zum Ausdruck gebracht, sondern die ganze

Stadtregierung und es waren auch alle Fraktionen, die Fraktionsstärke haben, durch einen Vertreter bei diesem Gespräch mit den Postvertreterinnen und Postvertretern, die Klubstärke haben, anwesend.

Zwischenruf GR. Grosz: Fraktion sind wir auch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ihr seid eine Fraktion, aber ihr habt keine Klubstärke, aber ich betone das gerne da herinnen, wenn du das möchtest. Wichtig ist mir aber jetzt auch Folgendes: Das was ich im Verhandlungswege überhaupt erreichen kann, und wenn du das Postgesetz durchliest, wirst du draufkommen, Bürgermeister können verhandeln, aber können de facto gar keinen Abschluss herbeiführen. Ich kann darauf aufmerksam machen, wo die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger sind, und das haben wir gemeinsam sehr deutlich getan. Wenn du dich dem anschließt, freut es mich. Mir ist auch noch wichtig, und das haben wir der Post und den Vertretern der Post schon abgerungen, und auch da behauptest du einfach etwas, was nicht stimmt, wir haben die Zusage erhalten, dass es keine einzige Entlassung und Kündigung gibt und die volle Stärke der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Raum Graz gewährleistet und gesichert ist. Das ist, wenn du so willst, ein Verhandlungsergebnis, aber das war es schon. Sonst hat jetzt eine Dreimonatsfrist begonnen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist auch wieder falsch, es wurde gestern auch im ORF schon richtiggestellt. Es ist eine Dreimonatsfrist, auch wenn der Herr Faymann, Bundesminister, jetzt auch von einer Sechsmonatsfrist gesprochen hat. Faktum ist,

im Gesetz steht drinnen anmelden, dann läuft eine Dreimonatsfrist, in dieser Zeit kann man noch Verhandlungen, das heißt, wir werden unsere Wünsche, unsere Sorgen dort weiter einbringen, das haben wir sehr deutlich gemacht. Ich sage auch noch dazu, wenn es nicht zu einer Veränderung kommt, und ich nehme an, dass auf Bundesebene jetzt drüber nachgedacht wird, dann geht unser Postunternehmen mit allen Abteilungen in einen liberalisierten offenen Markt, und das wird schwierig werden, mit einem Filialnetz, das defizitär ist, da muss man was tun. Wir haben einmal gesagt, es muss auf alle Fälle nicht nur zu keinen Kündigungen kommen, sondern es müssen auch unsere Postfilialen in Graz einmal auf den modernen Stand gebracht werden. Auch das haben sie einmal als Verhandlungswunsch von unserer Seite mitgenommen. Ich habe in keinsten Weise auch nur der Schließung einer einzigen Postfiliale zugestimmt, ganz im Gegenteil, wir hoffen, dass wir das abwenden können; wie uns das gelingt, werden wir dann noch sehen. Wenn das Gesetz auf Bundesebene verändert wird, ich hätte schon einen Vorschlag zu machen, die Post hat mehrere Divisionen, mehrere Abteilungen, und es wird nicht möglich sein, das alle Abteilungen hinkünftig positiv bilanzieren. Man müsste einen Ansatz finden, ähnlich wie wir es bei den Stadtwerken und jetziger Graz AG zustande gebracht haben, dass es dort Cash-Cows gibt, die gleichzeitig auch durch eine Versorgungssicherheit andere defizitäre Bereiche mittragen. Bei uns haben wir auch Wasser, Energie etc., die bringen Gewinne, wir stecken diese Gewinne in den Verkehr, in den defizitären Bereich. Wenn man in der Republik Österreich eine gute Postversorgung bis in den letzten Winkel hinein, in den letzten Graben hinein, haben möchte, dann sind wir gut beraten, auf Bundesebene an einer solchen Lösung mitzuwirken. Da du dich ja ab und zu in Wien aufhältst und auch Mitglied des Parlaments bist, wirst du dich da sicherlich einbringen. Ich wollte hier nur einiges richtigstellen, ich hoffe, dass ich damit deine Anfrage und deine Zusatzanfrage beantwortet habe und das war das auch schon (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.10 Uhr den Vorsitz.

4) Fehlende Bezirksentrümpelung im Bezirk Mariatrost

GR. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. **Hofmann-Wellenhof** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Dr. **Hofmann-Wellenhof**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es geht um Mariatrost und Sie wissen, Mariatrost ist ein grüner Bezirk, ich warte nur, bis Sie sich konzentrieren können, ein grüner Bezirk mit vielen Erholungswerten, sei es Felder, Wälder, Auen, alles grün, also nicht nur im parteipolitischen Sinn zu assoziieren, die Farbe, sondern generell. Wir haben ein Problem in Mariatrost, das auch für andere Bezirke gilt, dass wir mit der Müllentsorgung kämpfen, insbesondere mit dem Sperrmüll, es hat bis dato Müllentsorgungen gegeben. Zunächst zweimal im Jahr, dann reduziert auf einmal im Jahr, die insbesondere in Mariatrost extrem erfolgreich waren mit ganz großen Sammelmengen und die nunmehr, seit Sie die Agenda übernommen haben, nicht mehr stattfinden.

Die

F r a g e

daher an Sie, warum findet das nicht mehr statt, obwohl es dringend notwendig wäre und insbesondere auch der Bezirksrat von Mariatrost einstimmig beschlossen hat? Frage daher konkret, warum gibt es diese Entrümpelungsaktionen nicht mehr?

Darf ich nur noch ganz kurz, bevor Sie antworten, für das Publikum etwas sagen. Es verblüfft mich schon, meine Damen und Herren, muss ich sagen, ich hatte hier gestern Abend einen Empfang, der hieß „Licht aus der Welt“, da waren mehr Leute als im Moment anwesend und das dauerte gut zweieinhalb Stunden und es war während der zweieinhalb Stunden absolute Ruhe, weil man das Gefühl hatte, das Publikum interessiert sich für die Veranstaltung, hier kann ich den Eindruck nicht unbedingt bekommen, dass das Interesse besteht. Entweder heißt das, die Themen sind nicht interessant für Sie oder es heißt, Sie sind vielleicht nicht unbedingt im Moment richtig platziert, aber beides ist unerfreulich (*Applaus ÖVP*).

Als Folge der fehlenden Bezirksentrümpelungsaktionen wird laufend Sperrmüll bei den Sammelstellen für Verpackungsmaterial deponiert. Mehr noch, Sperrmüll landet nun in massiv verstärktem Ausmaß immer wieder in den Wäldern und auf den Wiesen des Bezirks Mariatrost.

Ich frage Sie daher, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, warum Sie im heurigen Jahr im Bezirk Mariatrost keine Bezirksentrümpelung veranlasst haben, obwohl diese vom Bezirksrat einstimmig gefordert wurde?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Frage und auch den nicht unwesentlichen Hinweis ins Publikum, nachdem wir heute noch eine lange Sitzung vor uns haben. Sperrmüll ist ein Dauerbrenner im Gemeinderat seit Jahren. Ich möchte noch ganz kurz aufgreifen, warum im letzten Jahr noch zwei Sperrmüllsammlungen im Grazer Norden stattgefunden haben, war schon damals eine Ausnahmeregelung, um begleitend auch zu messen, wie die Umsetzung funktioniert und vor allem, welche Mengen woher kommen und dann auch bessere Aussagen treffen zu können, wie man das in Zukunft handhabt. Es ist nun so, dass in den letzten Jahren sich die Anforderungen an eine Sperrmüllsammlung im Bezirk aus rechtlicher, aber auch als abfallwirtschaftlicher Sicht sehr stark verändert haben. Es gibt gesetzliche Vorgaben im Abfallwirtschaftsgesetz, wo es nicht mehr möglich ist, dass verschiedene Abfallfraktionen auf einmal gemeinsam gesammelt werden. Da gibt es entsprechende gesetzliche Verordnungen wie zum Beispiel die Elektro-Altgeräte-Verordnung, neu ist in den letzten Jahren, dass zum Beispiel Sperrmüll, Kühlschränke, Verpackungen, Altstoffe, Bauschutt getrennt gesammelt werden müssen. Gleichzeitig gibt es seit 1.7.2007, also auch seit letztem Jahr, die verordneten Vorgaben, dass für bestimmte Abfallfraktionen, wie zum Beispiel eben Sperrmüll, Grünschnitt, Bauschutt, eine Gebühr von vier Euro eingehoben werden muss und die Abgabe bis 200 Kilo möglich sein soll, das heißt, das ist ein verwaltungstechnischer Zusatz. Für die Abfallfraktionen wie zum Beispiel Kabel, Elektro-Altgeräte, Verpackungen und Papier und Problemstoffe ist die Abgabe weiterhin kostenlos. Und um diese unterschiedlichen Vorgaben erfüllen zu können, ist bei mobilen Sperrmüllsammlungen ein enormer Aufwand von Personal und

Gerätschaften, zwei Wagen, mehrere Containerfahrzeuge mit unterschiedlichen Fraktionen, notwendig geworden. Das heißt, eine Sperrmüllsammlung von heute unterscheidet sich wesentlich von der Zeit, als damals Sperrmüllsammlungen noch im großen Ausmaß umgesetzt wurden, das muss einmal vorausgeschickt werden auch vor dem Hintergrund einer Budgetsituation, die uns genau hinschauen lässt, was ist in Zukunft weiterhin möglich und was eben nicht mehr. Auf Basis der gesetzlichen Vorgaben haben wir am 28. Juni 2008 dann probeweise für die nördlichen Grazer Stadtbezirke, und darauf bezieht sich ja auch der Bezirk Mariatrost, wo wir Gösting, Andritz und Mariatrost eingeladen haben, im Norden von Graz eine außerordentliche Sperrmüllsammlung, die haben wir durchgeführt und genau evaluiert. Dabei muss betont werden, dass wir genau für so eine groß angelegte Sperrmüllsammlung ein spezielles Areal brauchen auf Grund der großen Menge an Containern und Wagen, wir brauchen geordnete Zufahrtsmöglichkeiten und auch verschiedenes Personal von der AEVG wie von den Wirtschaftsbetrieben. Letztendlich standen den von der Stadt Graz zu tragenden Kosten Fahrer, Wiegemeister etc. in der Höhe von 5.400 Euro, 1.450 Euro Einnahmen gegenüber. Die geänderten Voraussetzungen haben dazu geführt, dass die Kosten deutlich in die Höhe gegangen sind. Speziell für Mariatrost, das hohe Aufkommen von Sperrmüll in Mariatrost ist auf die Anlieferungen, und das haben wir wirklich beobachtet, aus den Umlandgemeinden zurückzuführen. Eindeutige Statistiken, Erfahrungen des Personals und Vergleichszahlen mit anderen Grazer Stadtbezirken zeigen auf, dass Anlieferungen mit Traktoren und Anhängern von haushaltsüblichen Mengen weit entfernt sind. So waren dort zum Beispiel Traktoren mit Anhängern mit zehn Kühlschränken dabei, also das ist keine Privathaushaltsentrümpelung mehr. Außerdem bestätigen Statistiken des Umweltamtes und der Wirtschaftsbetriebe, dass die Ablagerungen im Bezirk Mariatrost, die wilden Ablagerungen, nicht gestiegen sind. In den ersten paar Monaten nach der Umstellung auf diese vier Euro hat es sehr wohl eine Veränderung gegeben, das hat sich dann aber wieder in einen anderen Bereich entwickelt. Die Anlieferungsstatistiken des Recyclingcenters der Firma AEVG haben gezeigt, dass nach der Einführung der vier Euro die Mengenanlieferungen nach einem Jahr wieder angestiegen sind und die GrazerInnen ihre sperrigen Abfälle ordnungsgemäß anliefern und abgeben. Ich will nicht außer Streit stellen, dass es sehr wohl Probleme mit Ablagerungen gibt im Mühlgang etc, also das Problem besteht, aber nicht in dem großen Ausmaß, wie man

damals befürchtet hat. Für alle, die nicht mit dem Auto fahren können, das soll ja auch gesagt sein, bieten die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz auch weiterhin einen Containerdienst inklusive Abholung an, und Entrümpelungen werden durch den sozioökonomischen Betrieb BAN auch weiterhin durchgeführt. Grundsätzlich ist eine Neuregelung der stationären Sperrmüllsammlung sinnvoll, das prüfen wir auch, da dadurch die Abfallerzeuger (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) für die Entsorgung auch anteilmäßig aufkommen müssen. Das wird dann auch in den Kosten umgelegt werden. Eine Abfallsammlung, eine stationäre, im Norden von Graz ist durchaus ein wichtiger Ansatz, nur wie gesagt, auch eine Frage der Kosten, die wir dann womöglich eben auch über die Müllgebühren wieder umlegen müssten, weil wir es momentan im Budget nicht abbilden könnten. Würde die Stadt Graz zusätzlich zum bestehenden Angebot mobile Bezirkssperrmüllaktionen weiterhin durchführen und finanzieren wollen, dann bräuchten wir andere Voraussetzungen einerseits im Budget, und auf der anderen Seite müsste das dann auch in den Müllgebühren deutlich Niederschlag finden, das wieder alle Grazerinnen und Grazer betrifft. Soweit einmal diese Anfrage, das heißt, ich muss einerseits aus budgetären Gründen, aber auch andererseits, weil Mariatrost vom eigenen Aufkommen her nicht in dem großen Ausmaß Sperrmüll erzeugt wie die umliegenden Gemeinden, das ist ein Problem, das wir in der Stadt nicht lösen werden. Also diese umliegenden Gemeinden mitzubedienen, das können wir schon gar nicht machen vor den Vorgaben, die wir derzeit erfüllen müssen. Generell dass das Thema weiterhin ein Thema bleibt, ist mir bewusst, bei den Müllsammelstellen sehen wir sehr wohl immer wieder die Ablagerungsproblematik, das habe ich auch letztes Mal sehr deutlich beantwortet. Hier sind ungefähr eine Million Euro im Jahr im Einsatz, um dies regelmäßig zu betreuen, einerseits sind die Grazer große Trennmeister, wenn man es vergleicht, auf der anderen Seite sind eben da noch viele Fehlwürfe und da geht es auch darum, Bewusstseinsarbeit anzubieten. Was wir jetzt gerade machen, ist im Bereich der Siedlungen, wo sehr intensive Kampagnen auch gemeinsam mit den Hausverwaltungen laufen, dass schon vor Ort richtig getrennt wird und auch die richtigen Angebote bekannt gemacht werden. Was wir anbieten können, dass wir speziell für den Bezirk Mariatrost eine Informationskampagne im nächsten Jahr einplanen, die wirklich sich direkt auch an die Haushalte beziehungsweise Siedlungen verstärkt wendet. Die Siedlungen sind übrigens aber eh betroffen, also

dass man noch einmal speziell für den Bezirk was anbietet, das kann ich gerne machen (*Applaus Grüne*).

Dr. Hofmann-Wellenhoff: Ich sage danke, ich hoffe noch einmal, dass man ein bisschen die Ruhe findet, ich bin das einfach nicht gewohnt, in einer Umgebung zu sprechen, obwohl ich in meinem Leben viel spreche und gesprochen habe, wo das Interesse nicht da ist und dann fragt man sich, können wir das nicht privat ausmachen oder im kleinen Kreis, hat man mehr davon, wenn das allgemeine Interesse nicht da ist, dann sollte man eigentlich diese Fragestunde abschaffen (*Applaus ÖVP*). Ich darf trotzdem die Zusatzfrage noch stellen, ich danke vielmals für die umfassende Ausführung von Ihnen, die mir inhaltlich im Wesentlichen schon geläufig waren und ich möchte noch einmal anziehen, nicht dass wir in Mariatrost zweimal pro Jahr rund 25 Tonnen gesammelt haben, und das ist ein steigendes Problem und ich wäre eben sehr dankbar, wenn Sie das in die Hand nehmen. Jetzt muss ich noch formal fragen, wie helfen Sie uns, dass man das besser in den Griff bekommt?

Bgm.-Stvin. Rücker: Gerne, insoferne, dass wir wirklich diese Informationsarbeit verstärken können und auch im Bezirk wirklich einmal ein gutes Angebot im Bereich Information, nämlich auch darüber, dass viele Menschen nicht wissen, dass sehr wohl eine bestimmte Fraktion von Abfällen, die im Haushalt anfällt, ob das eben Kabel oder Altstoffe sind, weiterhin gratis ist. Es ist nämlich teilweise auch der Irrglaube da, man muss mit jeder Einfuhr bei der AEEVG auch die vier Euro bezahlen und auf der anderen Seite weiß ich, dass weiterhin für den Grazer Norden der Bedarf besteht und dass wir da versuchen, über eine Lösung nachzudenken. Nur, wie gesagt, es braucht ein großes Grundstück, das braucht eine große Investition und dafür sehe ich derzeit in meinem Spielraum innerhalb des Budgets einfach keinen Spielraum. Wenn wir den Spielraum hätten, hätten wir das längst schon umgesetzt, es war auch schon der Wunsch meiner Vorgängerin.

5) Autobahnauffahrt Verteilerkreis Webling/„Schleichweg“ vom Grillweg über EKZ „Euroshopping“ und Erna-Diez-Straße

GR. Mag. **Haßler** stellt an Bgm.-Stvin. Rucker folgende Frage:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute eine Frage stellen zu einem Thema, das wahrscheinlich mehrfach in Graz besteht, nämlich die Problematik, dass bei der Errichtung von Einkaufszentren vor allem oder sonstigen problematischen Bauwerken im Vorfeld sowohl von den Bauwerbern als auch teilweise von der Stadt Graz den Bürgerinnen und Bürgern sehr viel versprochen wird, dass aber dann in weiterer Folge in der Praxis diese Versprechen leider nicht immer oder eher selten eingehalten werden. Konkret geht es bei meiner Frage um das Einkaufszentrum Euroshopping am Grillweg im Bezirk Straßgang, es wurde Mitte der 90er-Jahre errichtet und im Zuge dieser Errichtung wurde im Rahmen einer BürgerInnenversammlung, wo ich selber auch dabei sein konnte, den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, wenn dieses Einkaufszentrum kommt, dann wird es niemals einen Schleichweg, eine Zufahrt zur Autobahnauffahrt Graz-Webling geben. Diese Zusicherung wurde auch schriftlich zwischen den Bauwerbern und den Bürgern damals festgehalten. In den Anfangsjahren hat diese Vereinbarung auch gehalten, es wurden Schrankenanlagen errichtet und man konnte nur dann auffahren auf die Autobahn, wenn man einen Berechtigungschip im Rahmen eines Einkaufes in den Geschäften bekam, dann war die Auffahrt möglich, sonst nicht. Im Laufe der Jahre ist dann diese Schrankenanlage immer mehr verwässert worden und jetzt stellt sich die Situation so dar, dass jeder, der dort durchfährt, der auf den Knopf drückt, durchfahren kann, der Schranken öffnet sich für jedermann und die Situation ist so, dass täglich weit mehr als tausende Kfz diese Strecke passieren, in der Spitzenstunde, wir haben selber gezählt, sind es über 200, die dort durchfahren und es sind dort vor allem auch die umliegenden Wohngebiete Anton-Mell-Weg, Grillweg, am Jägergrund, wo auch eine Schule situiert ist, die sind davon betroffen und wir waren auch bei Ihrem Amtsvorgänger Stadtrat Rüschi am 3. Jänner 2008, der hat uns damals Unterstützung zugesagt, vielleicht schon wissend, dass er nicht mehr zuständig ist dann, das weiß ich nicht, jedenfalls müssen wir uns jetzt an Sie wenden, und ich stelle daher die konkrete

F r a g e

an Sie: Was kann die Stadt Graz, was können Sie und wollen Sie als zuständige Stadtsenatsreferentin unternehmen, um den Schleichweg vom Grillweg über den Parkplatz des Einkaufszentrums „Euroshopping“ auf den Autobahnstumpf Webling zu unterbinden und somit den ursprünglich vereinbarten Zustand wieder herzustellen (*Applaus SPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Herr Gemeinderat Haßler, diese Thematik, wie Sie richtig erwähnen, ist eine Thematik, die auch schon einen Bart hat in dieser Stadt. Der genannte Schleichwegverkehr wurde damals Mitte der 90er-Jahre, wurde dieses Thema, wie Sie beschrieben haben, schon versucht zu regeln, indem es damals mit den damaligen Eigentümern, muss ich dazusagen, das war die Firma Praktika beziehungsweise Wo und Wo, Grün-GmbH, inzwischen haben sich die Besitzverhältnisse geändert, eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen den Anrainern und Anrainerinnen des Grillweges und diesen Firmen errichtet. Diese privatrechtliche Vereinbarung hat sozusagen einen Partner verloren, weil das Gegenüber nicht mehr diese Firmen sind. Es liegen für beide Zufahren aufrechte Bewilligungen vor, vom Grillweg kommend von Seiten der Stadt und vom Autobahnstumpf kommend von Seiten des Bundes, da damals der Autobahnstumpf ja Bundesgrund war. Beide Schrankenanlagen stehen auf Privatgrund und nicht auf öffentlichem Gut. Öffentliches Gut, da hätte ich einen Zugang über das Straßenamt, aber so, da es ein Privatgrundstück ist, habe ich leider keinen Zugang, das heißt, vom Straßenamt kann ich darauf keinen Einfluss nehmen. Was ich allerdings gemacht habe ist, ich habe auch mit der zuständigen Stadträtin Kontakt aufgenommen, wir prüfen, ob über die Bau- und Anlagenbehörde, über das Gewerberecht eine Möglichkeit ist, von Stadtseite auf diese Tatsache Einfluss zu nehmen und was wir auch mit dem Straßenamt besprochen haben ist, es ist dort versucht worden, immer wieder Messungen vorzunehmen, es ist nicht ganz so einfach, man müsste eine Kennzeichenerhebung machen, wozu es wieder eine Extra- Bewilligung braucht, dass man nachvollziehen kann, welche Wege tatsächlich

genommen werden, weil auch durch die Abbiegeverhältnisse, wenn man von der Kärntnerstraße regulär fährt, sehr viele über den Grillweg fahren, das heißt, dieser Schranken nur ein Teil des Problems am Grillweg darstellt, aber das messen wir noch einmal erneut, aber wie gesagt die Frage der rechtlichen Einflussmöglichkeit auf diese Schranken ist nicht bei mir angesiedelt und da werden wir versuchen zu klären, ob über den Gewerberechtsansatz hier eine Möglichkeit besteht. Und natürlich auch die neuen Eigentümer dort sind Ansprechpartner für die Anrainer und Anrainerinnen am Grillweg.

Mag. **Haßler**: Zusatzfrage und vielleicht auch eine Ergänzung zu Ihren Ausführungen. Also das mit den Verhandlungspartnern auf der anderen Seite stimmt nur zum Teil, weil die Besitzverhältnisse, also der Herr Friedl Grün ist verstorben, aber ich glaube, dass es immer noch irgendeine Nachfolgesellschaft der Familie Grün im Besitz des ganzen Einkaufszentrums, nur die Firmen im Zentrum haben sich verändert, aber die Besitzverhältnisse sind noch die gleichen, zumindest von der Familie her und das Zweite zur Zählung. Man hat eine Sichtbeziehung, man kann beim Abbiegen sehen, wohin die Autos fahren, also man könnte, wenn dort jemand steht, es durchaus so zählen. Zusatzfrage: Sie haben gesagt, die Gewerbebehörde wird sich dessen annehmen, nachdem ich auch da Erfahrungen habe, dass das eine zeitlang dauern kann, meine Zusatzfrage, bis wann wir mit Ergebnissen rechnen können, damit ich den Bürger informieren kann, wann irgendwas feststeht.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn wir es geklärt haben; also ich habe mit der zuständigen Stadträtin heute gesprochen, wir klären das und sobald wir ein Ergebnis haben, ob über die Gewerbebehörde etwas zu machen ist und dann auch, was zu machen ist, bekommen Sie die Information. Ansonsten ist es so, dass es, wie gesagt, eine privatrechtliche Vereinbarung auf einem Privatgrundstück ist und damit die Einflussgröße reduziert ist.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

6) Nichtbeantwortung von Anfragen von Gemeinderäten

GR. **Schröck** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie! Es geht um eine Anfrage vom 10.4. dieses Jahres, deren Beantwortung uns bis zum 11.11.2008 nicht erreicht hat, uns aber gestern ein E-Mail ereilte mit dem Vermerk, sie wäre am 31. Oktober, also vor gerade einmal zwei Wochen, abgeschickt worden. Herr Bürgermeister, bei allem Respekt, diese Vorgehensweise, Anfragen nicht ordnungsgemäß, und wie es das Statut und die Verordnung der Stadt Graz vorschreiben, nämlich nach spätestens drei Sitzungen zu beantworten, stellt einen klaren Bruch der Geschäftsordnung und eine Missachtung des Gemeinderates dar. Deswegen komme ich, Herr Bürgermeister, darf ich Ihnen dann gleich die

F r a g e

stellen:

Inwieweit Sie in Zukunft bereit sind, der Geschäftsordnung Rechnung zu tragen und Anfragen im vorgegebenen Zeitraum zu beantworten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie Sie wissen oder auch nicht wissen, werden wir auch am heutigen Tage wieder in Summe 44 Anfragen, Anträge und dringliche Anträge behandeln. Mittlerweile ist die Verwaltung auch durch diese vielen Anfragen und Anträge schon gewaltig unter Druck und muss das auch alles ausarbeiten. In dieser Frage, und deswegen wurde sie nicht so schnell beantwortet, weil eigentlich wollte ich sie beantworten, muss man auch darauf achten, dass in der Fragestellung auch

Fragen drinnen waren, die den persönlichen Datenschutz von Menschen betreffen und aus diesem Grunde hat die Beantwortung etwas länger gedauert, um trotzdem eine möglichst befriedigende Antwort zu geben. Sie wurde zugestellt, aus irgendwelchen Gründen ist sie, wie gesagt, leider nicht bei Ihnen eingetroffen oder wie auch immer...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, nein, sie wurde schriftlich schon vor einiger Zeit, vor ungefähr 14 Tagen zugestellt und es hat gedauert, wie gesagt, weil Fragen gestellt worden sind, die man nicht offiziell beantworten kann. Ansonsten bin ich sehr bemüht, jedem Gemeinderat auch seine Frage zu beantworten, beziehungsweise auch vom jeweiligen Stadtsenatsreferenten bei den Anträgen die Meinung des Ressorts zukommen zu lassen. Ich glaube, es wurde auch auf Grund der Fragestunde Ihnen noch einmal übermittelt und ich hoffe, Sie können was damit anfangen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Vielleicht wäre es dann möglich, die betreffenden Gemeinderäte darüber zu informieren, wenn es zu einer Verzögerung kommt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ein guter Vorschlag, ich sage nur noch einmal dazu, es ist eine solche Fülle von offenen Aufträgen und wir werden schauen, dass wir das auch so veranlassen. Ich versuche natürlich, diese Briefe zu versenden, sobald ich auch dementsprechend die Antworten am Tisch habe (*Applaus ÖVP*).